Stand: 16.12.2025 10:50:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16615

"Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16615 vom 26.04.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17416 des UV vom 20.06.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17656 vom 06.07.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2017 Drucksache 17/16615

Antrag

der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld SPD

Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Landes-, Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass nicht nur wie bisher die Verwendung illegaler Fallen unter Strafe steht, sondern dass bereits auch der Handel mit und der Besitz von illegalen Fallen verboten wird.

Begründung:

Immer wieder wird in der Presse darüber berichtet, dass Tiere in illegalen Fallen qualvoll verenden oder schwere Verletzungen davontragen. Häufig handelt es sich um Katzen und Hunde. Aber nicht nur Haustiere sind Opfer illegaler Fallen, sondern auch viele besonders oder streng geschützte wildlebende Tierarten, wie beispielsweise Greifvögel, Eulen, Fischotter oder der Luchs. Die genauen Fallzahlen sind unbekannt. Nur wenige Delikte werden aufgeklärt. Die Dunkelziffer ist hoch.

Im Bereich des Jagdrechts und des Tier- und Artenschutzrechts bestehen keine Regelungen, die den Besitz und den Handel mit Tierfallen, auch nicht von illegalen Tierfallen, betreffen. Ansatzpunkt der bestehenden Vorschriften ist stets die konkrete Verwendung einer Falle.

Vor allem im Bereich der besonders geschützten Tierarten ist es nach Auskunft des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz das Ziel der Staatsregierung, generell einem illegalen Fang oder einer illegalen Tötung entgegenzutreten, unabhängig von der Art und Weise der Handlung und den benutzten Gerätschaften. Aus Sicht des Artenschutzes bedeutet die illegale Tötung geschützter, teilweise vom Aussterben bedrohter Arten eine empfindliche Schwächung der Überlebensfähigkeit der Populationen sowie vielfach ein Konterkarieren der mit hohem Mittel- und Personaleinsatz verbundenen staatlichen Schutzbemühungen.

Darüber hinaus wird von der Staatsregierung eingeräumt, dass bezüglich der Verfolgung des Einsatzes von illegalen Tierfallen zum Fang bzw. zur Tötung von Tieren Ermittlungsbehörden grundsätzlich auf die Meldung von verdächtigen Wahrnehmungen oder eine konkrete Anzeigeerstattung angewiesen sind. Präventive Maßnahmen sind nur schwer umsetzbar.

Vor diesem Hintergrund ist es nur schwer verständlich, warum der Fang bzw. die Tötung von Tieren durch illegale Tierfallen in Bayern der Umweltkriminalität zugeordnet wird, nicht jedoch der Handel und der Besitz illegaler Fallen. Gerade weil sich die Verfolgung des Einsatzes illegaler Tierfallen so schwierig gestaltet, ist es dringend erforderlich, die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot des Handels und des Besitzes von illegalen Tierfallen zu schaffen. Durch diese längst überfällige Maßnahme könnte schon im Vorfeld wirkungsvoll einer Verwendung illegaler Fallen entgegengetreten werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/17416 20.06.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 17/16615

Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Herbert Woerlein** Mitberichterstatter: Alexander Flierl

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 11. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.07.2017 Drucksache 17/17656

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld SPD Drs. 17/16615, 17/17416

Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

bed		

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Saubere Energie für alle Europäer

COM (2016) 860 final BR-Drs. 738/16

Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Α

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie COM (2016) 763 final

BR-Drs. 811/16

Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

Anlage 1
zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

3.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Forschung und Technologie: Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlichöffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020 27.01.2017 – 30.04.2017 Drs. 17/16273, 17/17473 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
4.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 – 23.04.2017 Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
5.	Beteiligung am Konsul Allgemeine und berufli Öffentliche Konsultatio 28.02.2017 – 31.05.20 Drs. 17/16310, 17/174	che Bildung, Jugend: on zu Erasmus und Vo 017	•			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,

Dr. Martin Huber u.a. CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und

Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche,

COM (2017) 257 final;

BR-Drs. 400/17

Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		A

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017 (Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBI. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch) PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke und übersteigen zugleich das technisch Mögliche Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11.	Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner,
	Ruth Waldmann u.a. SPD
	Außenwerbeverbot für Tabakwaren
	Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle jetzt einführen Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
 Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

17.	Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

	Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen Drs. 17/16620, 17/17496 (A)			
	Votum des federführe Gesundheit und Pfleg	nden Ausschusses für e		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	Z	
21.	Ruth Müller u.a. SPD Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärker Drs. 17/16654, 17/17497 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GIVO
	A			

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

SPD

Α

Votum des federführenden Ausschusses für

Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

CSU

Α

Umwelt und Verbraucherschutz

Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt

FREIE WÄHLER

Z

GRÜ

Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

26.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
	Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.